

Trierischer Volksfreund

UNABHÄNGIG • ÜBERPARTEILICH • GEGRÜNDET 1875

ZEITUNG FÜR TRIER UND DAS TRIERER LAND



MONARCHIE

Rassismus, Kälte und mehr:
Was Meghan dem Palast vorwirft. Seite 8

POLITIKER

Skandal um Profite
bei Masken-Beschaffung setzt
Union unter Druck. Seite 4, 7



ÜBERBLICK

Weltmeister und Aufstieg mit Salmrohr

FRANKFURT/SALMROHR (red) Weltmeister 1974 und über viele Jahre hinweg ein Bundesligastar im Dress der Frankfurter Eintracht: Heute wird Bernd Hölzenbein 75. An diesem Jubeltag werden Erinnerungen wach – auch an seine letzte Karrierestation in Salmrohr, wo er den Aufstieg in die 2. Liga feierte. Seite 15

Reinigungskräfte derzeit unverzichtbar

TRIER (cmk) Putzen, lüften, desinfizieren: Die Arbeit von Reinigungskräften in der Corona-Pandemie ist unverzichtbar. In vielen Einrichtungen des Gesundheitswesens sind die Ansprüche gestiegen, die verfügbare Zeit für die Putzteams jedoch nicht. Wir haben uns in der Branche umgeschaut. Seite 14

Großer Krach in der großen Koalition

BERLIN (red) In der großen Koalition knirscht es gewaltig – der CSU-Generalsekretär kritisiert Olaf Scholz, der sich wiederum immer stärker auf Gesundheitsminister Jens Spahn einschießt. Befeuert wird die Kritik aus den Ländern. Seite 7

„Ich wollte einfach nicht mehr am Leben sein. Ich dachte, es würde die Situation für alle lösen.“

Meghan Markle
Die Herzogin im Interview zu ihren Selbstmordgedanken angesichts des immensen Drucks im britischen Königshaus

WETTER

Tiefsttemperatur der kommenden Nacht:
-1° 7° 0°

Seite 8

RUBRIKEN

BÖRSE SEITE 6
FERNSEHEN SEITE 25
HÄGAR SEITE 24
SUDOKU SEITE 24
LUXEMBURG SEITE 14
FÜR KINDER SEITE 24

KONTAKT

Anzeigen 0651/7199-999
Abo 0651/7199-998
Leserservice 0651/7199-0

kontakt@volksfreund.de
Internet: www.volksfreund.de

www.facebook.com/volksfreund
www.twitter.com/volksfreund

Produktion dieser Seite:
Ralf H. Jakobs

Foto oben links: Joe Pugliese/Harpo Productions/AP/dpa

Einzelpreis 2,10 €, NR. 57



Schwanger vom Priester: Affäre erschüttert Bistum Trier

FOTO: ISTOCK/IWETA0077

Selbst der Beichtvater riet zur Abtreibung: Wie die katholische Kirche mit dem jahrelangen Missbrauch einer erwachsenen Mitarbeiterin durch einen Geistlichen umgeht.

VON ROLF SEYDEWITZ
UND KATJA BERNARDY

TRIER Eine Jahrzehnte zurückliegende, aber erst jetzt bekannt gewordene innerkirchliche Affäre erschüttert das Bistum Trier. Nach Schilderungen einer Mitarbeiterin der Diözese ist sie vor Jahren von einem Pfarrer sexuell missbraucht und später zur Abtreibung gedrängt worden. Auch ein Priesterkollege des Geistlichen soll der schwangeren Frau während der Beichte gesagt haben, es gebe keinen anderen Weg als die Abtreibung. Die Mitarbeiterin gehörte schließlich und leidet seit vielen Jahren an den Folgen. Dem Bistum und mehreren Bischöfen wirft sie jahrelange Versäumnisse vor.

Derweil nehmen Missbrauchsopfer Bischof Stephan Ackermann beim Wort: Seit Jahresbeginn sind beim Bistum schon 35 Anträge von Opfern auf höhere Entschädigungszahlungen eingegangen. Dabei handelt es sich nach Angaben einer Bistumssprecherin ausschließlich um Anträge von missbrauchten Frau-

en und Männern, die bereits früher entschädigt worden sind. Seit 2010 wurden in Deutschlands ältestem Bistum insgesamt 138 Anträge von Missbrauchsoffern gestellt und 640 500 Euro ausgezahlt. Das sind im Schnitt rund 4600 Euro pro Person.

Opferorganisationen wie der Trierer Verein Missbit hatten die Höhe der Entschädigungssummen wiederholt kritisiert. Erst im September einigten sich die deutschen Bischöfe auf ein neues Verfahren, bei dem Opfer sexuellen Missbrauchs

Zahlungen bis zu 50 000 Euro bekommen können.

Das sei schäbig, meinte Missbit-Sprecherin Jutta Lehnert. Die maximale Höhe der Entschädigung entspreche vier Monatsgehältern eines Bischofs. Als Entschädigung für ein verpfushtes Leben reiche das nicht aus.

Der Trierer Bischof kündigte seinerzeit an, dass auch bereits entschädigte Missbrauchsopfer von der Neuregelung profitieren würden. Wie das jeweilige Bistum das Geld aufbringe, sei Sache der Diö-

zese. In Trier stammen die Entschädigungsgelder nach Angaben der Sprecherin ausschließlich aus Mitteln des Bischöflichen Stuhls – also nicht aus der Kirchensteuer. Das Vermögen des Bischöflichen Stuhls besteht aus Immobilien, Kapitalanlagen und Guthaben bei Banken.

Um die Hintergründe des jahrelangen Missbrauchs im Bistum Trier und die institutionelle Verantwortung zu beleuchten, wird demnächst eine sogenannte Aufarbeitungskommission ihre Tätigkeit aufnehmen. Der Kommission sollen unabhängige Experten aus den Bereichen Wissenschaft, Justiz und Kirche sowie Opfer angehören. Laut Bischof Stephan Ackermann wird die Kommission am Ende auch selbst entscheiden, in welchem Umfang Namen von Verantwortlichen genannt würden. Er gehe jedenfalls davon aus, dass mögliche Zwischenberichte und der Abschlussbericht auch namentlich Verantwortliche benennen, sagte der Trierer Bischof unserer Zeitung.

Themen des Tages Seite 2

EXTRA

Expertengruppe prüft Missbrauchsvorwürfe

Das Bistum Trier ändert das Vorgehen zur Untersuchung der Vorwürfe gegen den Schönstatt-Gründer Pater Josef Kenterich. Statt einer Historikerkommission soll nun eine Expertengruppe den Fall prüfen. Das biete „mehr Möglich-

keiten“, denn die im Rahmen des Verfahrens zur Seligsprechung eingesetzte Historikerkommission müsse den Vorgaben des Vatikan folgen. Dazu zähle etwa Geheimhaltung. Eine Kirchenhistorikerin hatte dem 1968 verstorbenen Pater Kenterich systematische Manipulation, Machtmissbrauch und sexuelle Übergriffe vorgeworfen.

Inzidenz in der Region unter 50 – Läden wieder offen

TRIER (sas/wie) Bleibt es bei dem aktuellen Impftempo in Deutschland, so wird die Bundesrepublik in diesem Jahr die Herdenimmunität nicht erreichen. Das geht aus aktuellen Daten von Statista hervor. Die USA und Großbritannien werden den Angaben zufolge dieses Ziel bereits in wenigen Monaten verwirklichen. Wollte Deutschland nachziehen, müsste es nun 2,2 Mal so schnell seine Bevölkerung impfen, um mitzuhalten. „Deutschland hat zwar EU-weit die meisten Impfdosen bislang verimpft, bleibt aber in den ersten zwei Monaten unter den Erwartungen“, heißt es bei Statista.

Interdessen ist die Corona-Lage in der Region weiterhin stabil. In allen vier Landkreisen und der Stadt Trier lag die Inzidenz gestern unter 50. Am niedrigsten war sie in Trier mit knapp 18. Mathematiker der Uni Koblenz gehen jedoch davon aus, dass die Zahl der Neuinfektionen in den nächsten Wochen wieder steigen könnte. Auch Berechnungen des sogenannten Covid-Simulators der Uni Saarbrücken gehen davon aus, dass die Inzidenzen in der Region bis Ostern über 100 klettern könnten.

Unklar ist, wie sich die schrittweise Rückkehr der Schüler in die Schulen auswirken wird. Laut einer Umfrage der Landeselternvertretung wünscht sich eine Mehrheit der Eltern, dass die Kinder zumindest im Wechselunterricht unterrichtet werden.

Der Einzelhandel in Rheinland-Pfalz reagiert mit Erleichterung auf die seit gestern geltenden ersten Lockerungen der Corona-Beschränkungen. „Das ist wie Weihnachten und Ostern zusammen“, sagte der Geschäftsführer des Handelsverbands Region Trier, Alfred Thielen.

Themen des Tages Seite 3
Lokales

Tesla-Tochter zahlt Millionen

TRIER (sey) Die Prümer Tochterfirma des Elektrobauers Tesla hat der Verzicht aufs Geschäft mit Drittkunden offenbar etliche Millionen Euro gekostet. Die Gelder seien für Aufhebungsverträge gezahlt worden, berichtet die „Welt“ unter Verweis auf den jüngsten Geschäftsbericht von Tesla Automation. Hintergrund ist, dass die Eifeler Tesla-Tochter Aufträge anderer Kunden nur noch in Ausnahmefällen abwickeln soll.

Geld und Markt Seite 6

Cyberbunker: Gericht schickt Presse vor die Tür

Aus Angst vor Rockerbanden und Drogen-Clans darf der wichtigste Zeuge des Trierer Prozesses nicht öffentlich aussagen.

TRIER (Mos) Zuschauer dürfen nicht dabei sein, wenn der wohl wichtigste Zeuge im Bunkerverfahren vor dem Trierer Landgericht gehört wird. Es handelt sich um einen Kriminalbeamten, der 2018 als Gärtner in den Cyberbunker eingeschleust worden war und dort arbeitete, bis die mutmaßliche Bande bei einer Großrazzia im September 2019 festgenommen wurde.

Den acht Angeklagten wird vorgeworfen, eine kriminelle Vereinigung gebildet und Beihilfe zu 249 000 Straftaten geleistet zu haben. Denn über die Server des Re-

chenzentrums wurden Marktplätze betrieben, über die unter anderem Drogen, Waffen oder gestohlene Daten verkauft wurden.

Da der „Gärtner“ im Bunker ein- und ausging, dort übernachtete und ein Vertrauensverhältnis zu den Angeklagten aufbaute, ist anzunehmen, dass er tiefe Einblicke gewann. Einblicke, die der Öffentlichkeit nun trotz der Bedeutung dieses Zeugen, vorenthalten bleiben. Denn das Mainzer Innenministerium hat den Ermittler für eine öffentliche Aussage gesperrt. Und das obwohl er an einem geheimen Ort, „unter

optischer und akustischer Abschirmung“ aussagt: Weder sein Aussehen noch seine Stimme sind in der Videoübertragung erkennbar. Einwände des Vorsitzenden Richters Günther Köhler blieben ohne Erfolg. Da das Ministerium um das Leben des Ermittlers und seiner Angehörigen fürchtet, hat auch Köhler die Öffentlichkeit am Montag ausgeschlossen.

Anlass zur Sorge ist nach Einschätzung des Landeskriminalamts (LKA), dass die Angeklagten Geschäftsbeziehungen zu einem niederländischen Rockerclub hatten

und zu einem irischen Drogenboss mit dem Spitznamen „der Pinguin“. Dieser besitzt laut LKA Kontakte zu südamerikanischen Kartellen und wird zudem mit dem Mord an einer irischen Journalistin in Verbindung gebracht. Verdeckte Ermittler würden von Angeklagten oft als Veräter betrachtet, so dass diese oder Hintermänner auf Rache sinnen.

Köhler begründet seinen Beschluss auch mit dem großen Medieninteresse. Mehr als 35 Medienvertreter seien akkreditiert. Inzwischen sei zwar meist nur noch „eine Vertreterin der regionalen Tagespresse

vor Ort“. Dennoch sei zu befürchten, dass bei der Befragung des verdeckten Ermittlers „Details zu seiner Identität veröffentlicht werden, die für ihn zur Gefahr für Leib und Leben werden könnten“.

Mehrere Verteidiger beantragten, die Öffentlichkeit zuzulassen. Das Gericht argumentierte jedoch: Das hohe Interesse am Schutz von Leib und Leben überwiege das Interesse der Allgemeinheit. Über die kommenden Verhandlungstage wird der Volksfreund daher nicht berichten dürfen. So zentral die Rolle dieses einen Zeugen auch sein mag.